

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(91. - öffentliche - Sitzung am 29. März 2017)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Auf einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich in seiner nächsten Sitzung am 28. April 2017 durch die Justizministerin zu Kinderehen unterrichten zu lassen.

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6938](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ohne Votum ab. Er kam überein, sich durch die Landesregierung über die Ergebnisse des noch durchzuführenden Notifizierungsverfahrens bei der Europäischen Kommission gemäß der Richtlinie 2015/1535/EG unterrichten zu lassen, sobald dieses abgeschlossen ist.

2. **Entwurf eines Gesetzes über Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5329](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

3. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (NBauPMÜG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7214](#)

4. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (3. DIBt-Änderungsabkommen)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7386](#)

Der Ausschuss kam überein, die Punkte 3 und 4 gemeinsam zu beraten. Er führte die Mitberatung durch und schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration an, den Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 3 mit Änderungen und den Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 4 unverändert anzunehmen.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5929](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6233](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 12 des GBD) anzunehmen.

7. **Kein Fahrverbot als eigenständige Sanktion bei allgemeiner Kriminalität**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/7271](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Nachdem er den Antrag der FDP-Fraktion, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt hatte, empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.